

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d



Inhalt

Horst Peter MdB zur Lage der
FDP: Zwischen Stammtisch
und Saustall.

Seite 1

Karl-Heinz Hiersemann MdL
zu den Plänen von Schwarz-
Schilling: Die Zerschlagung
der Post verhindern.

Seite 3

Dieter Heistermann MdB zur
Situation im Bundesverteidi-
gungsministerium: „Befehls-
notstand“ auf der Hardthöhe?

Seite 4

Ulrich Böhme MdB zum Um-
gang von Frau Süßmuth mit
den Problemen der Jugend:
Mit Sprüchen ist keine Zu-
kunft zu gestalten.

Seite 6

42. Jahrgang / 229

1. Dezember 1987

Die „Vermummungspartei“

Die FDP zwischen Stammtisch und Saustall

Von Horst Peter MdB

Die Delegierten des FDP-Bundesparteitages am 12. Dezember haben es in der Hand, ob die FDP Strauß und Zimmermann auf den Leim und in die Geschichte des deutschen Parteienwesens als die „Vermummungspartei“ eingehen wird. Gelingt dies Bangemann, so muß man die FDP bedauern. Sie hat in den 80er Jahren keine Fortüne mit ihren Vormännern. Anerkennen muß man die Leistung von Kohl und Strauß. Ihnen ist dann gelungen, was die SPD in 13 Jahren nie versucht hat, die FDP müde zu machen. Bangemann muß man beglückwünschen, weil diesem Heinz Erhardt der Wirtschaftspolitik dann das Ablenkungsmanöver von den zentralen Themen der deutschen Politik und dem von ihm zu verantwortenden wirtschaftspolitischen Desaster gelungen ist.

Es ist noch nicht lange her, da gab sich die FDP als Partei der Vernunft. Nach dem 12. Dezember wird auch die FDP vom Stammtisch regiert werden. In Kiel läßt sie jeden Anstand vermissen. Der pure Machtbeteiligungswille hat von der FDP in Schleswig-Holstein Besitz ergriffen. Sie will mit einer CDU zusammengehen, der man nach Ansicht von Dr. Stoltenberg keine „unlauteren Motive“ unterstellen darf. Vom Kritiker des Saustalls ist die FDP zum stillen Teilhaber und Kommanditisten des Saustalls geworden, Saustall GmbH & Co. KG.

In Hamburg erleben wir eine sozialliberale Münchhausiade der FDP. Der ehemals „linke“ FDP-Landesverband hat sich rechts von der SPD angesiedelt. W.D. Zumpfort plädiert für die Einrichtung von „Schnellgerichten“ zur Aburteilung von Demonstrationsstraf-tätern. Das Vokabular des Wörterbruchs des Unmenschen hat sich in den Hirnen der FDP eingenistet. Gibt es niemanden mehr in dieser Partei, der Zumpfort (Jahrgang 1945) auf das sprachlich-historische Umfeld dieses Begriffs hinweist?

In ihrer lieben Not, Regierungspartei in Bonn zu bleiben und in Kiel endlich zu werden, den Beweis koalitionspolitischer Zuver-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Hausallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vermeidigen Umgang
mit verschollenen Rohstoffen
Recycling-Papier



lässigkeit zu erbringen, Wähler zu halten, die getrost der CSU überlassen werden können - ein spezifischer Beitrag zur „Lager“-Theorie -, verkennt die FDP den Stellenwert der Diskussion um ein Vermummungsverbot. Es ist der Einstieg in den Ausstieg aus der freiheitlich-sozialstaatlichen Demokratie auf innen- und rechtspolitischen Feld. Es geht nicht um die Verhinderung von Gewalt am Rande von Demonstrationen. Dazu reicht das geltende Recht aus, wie die FDP noch im September beschloß. Wie die Todesstrafe niemanden von Mord abhält, so wird auch ein strafbewehrtes Vermummungsverbot und strafbewehrter Landfriedensbruch niemanden von Mord abhalten.

Den Mumien aus München und Oggersheim paßt die gesamte Richtung nicht. Sie sehen endlich die Gelegenheit gekommen, nachdem sie den Sozialstaat schon erheblich demontiert haben, auch innen- und rechtspolitisch die Ergebnisse des - in ihrer Sicht - sozialliberalen Betriebsunfalls zu tilgen und zur Normalität des CDU-Staates zurückzukehren. Die Demontage des Sozialstaates, das Rückführen des Staates auf seine Funktion als Überwachungs- und Ordnungsstaats, die Historiker-Debatte als intellektueller Flankenschutz, sind die Elemente in diesem Prozeß. Als Beigabe macht Bangemann die FDP funktionslos. Wie will sie noch liberal-rechtsstaatliches Korrektiv zu Strauß sein, wenn sie dieser langsam verblühenden Rose des Rechtskonservatismus zu einer Nachblüte verhilft.

Wollte die FDP wirklich erreichen, was sie nun vorgibt, den inneren Frieden zu sichern und Gewalt aus dem gesellschaftlichen Prozeß der Bundesrepublik zu verbannen, so müßten ihre Vormänner mit der Zivilcourage, die Innenminister Baum den Dialog mit Mahler führen ließ, das Drehen der Spirale der Gewalteskalation auf beiden Seiten versuchen zu verhindern, dem Ansinnen der CSU widerstehen und den Dialog mit den „Vermummten“ suchen. Es wäre nicht ihre Schuld, wenn ihr dies nicht gelänge, aber es ist ihre Schuld, wenn sie es nicht versucht.

Den inneren Frieden, die freiheitlich-sozialstaatliche Demokratie, erhält man nicht mit Gewalt, weder im Sinne von Bewahren noch im Sinne von Erreichen. Das gilt für beide Seiten. Die Tragödie von Frankfurt sollte zum Nachdenken, zum Innehalten genutzt werden. Diese kathartische Wirkung der Startbahn-Morde kann bisher nur bei den „Bewegungen“ festgestellt werden. Die Rechte nutzt das lähmende Entsetzen zum Draufschlagen. Die Rechte hat kein Interesse an gemeinsamen Lösungen, die die Interessen aller Beteiligten berücksichtigt. Das Störfeuer gegen eine friedliche Lösung des Konfliktes um die Hafestraße in Hamburg ist dafür ein Lehrbeispiel. Der Krawall spielt ihr in die Hand, nicht die sachgerechte Lösung von Problemen.

In der Außenpolitik hat die FDP erkannt, daß die Bewahrung des äußeren Friedens nur unter Anerkennung und Berücksichtigung der Interessen beider Seiten möglich ist, das Prinzip gemeinsamer Sicherheit den Abschreckungsfrieden ersetzen muß. Wie in der Sicherheitspolitik gilt heute auch in der Innenpolitik, Angst nehmen, statt Angst machen. (-/1.12.1987/vo-he/rs)

* * *



Die Zerschlagung der Post verhindern

Die bayerische SPD-Landtagsfraktion unterstützt die Aktionen der Postgewerkschaft

Von Karl-Heinz Hiersemann MdL
Vorsitzender der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Die bayerische SPD-Landtagsfraktion unterstützt die bundesweiten Protest- und Informationsaktionen der Deutschen Postgewerkschaft, die sich gegen die Pläne der CDU/CSU-FDP-Koalition in Bonn wenden, die Deutsche Bundespost zu zerschlagen. In geschlossener Front haben jetzt die Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion eine Unterschriftenliste unterzeichnet, die unter dem Motto steht: „Ich bin für die Bürgerpost. Deshalb unterstütze ich die Postbeschäftigten, die gegen die Zerschlagung der Bundespost kämpfen.“

Die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag steht in dieser Auseinandersetzung an der Seite der bei der Post beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die beabsichtigte Trennung von „gelber Post“ und Fernmeldewesen hat verheerende Auswirkungen auf Millionen von Postkunden in Bayern und auf Tausende von Beschäftigten, vor allem Frauen, in den Postämtern des Freistaates.

Wenn der interne Finanzausgleich zwischen „gelber“ und „grauer“ Post wegfällt, würden drastische Gebührenerhöhungen und erhebliche Leistungseinschränkungen die Folge sein. Der Postkunde hat dann die Zeche zu zahlen, zum Beispiel mit längeren Laufzeiten von Briefen und Paketen oder mit Schließungen von bayerischen Postämtern, vor allem im ländlichen Raum.

Bis jetzt haben die Überschüsse der lukrativen Teile des Fernmeldebereichs eine gleichmäßige und flächendeckende Versorgung zu erschwinglichen Gebühren bei der „gelben“ Post garantiert. Wer diese Teile des Fernmeldebereichs - wie es die Bundesregierung plant - privatisieren will, nimmt eine schlechtere Versorgung zu Lasten der großen Masse der Privatkunden, der kleinen Mittelständler und der Beschäftigten der Deutschen Bundespost in Kauf.

Nur eine Post in öffentlicher Verantwortung kann sicherstellen, daß gleiche Leistungen in allen bayerischen Regionen erbracht werden, und für fairen Ausgleich zwischen den lohnenden und notwendigen Dienstleistungen sorgen. Das heißt nicht, daß sich die SPD-Fraktion gegen notwendige Reformen und Verbesserungen ausspricht. Nur: Wir Sozialdemokraten sind gegen die konservative Methode, Verluste zu verstaatlichen und Gewinne zu privatisieren. Nur eine Post in ihrer ungeteilten, staatlichen Grundstruktur kann die Arbeitsplätze sichern und die nötigen Riesensummen für die künftige Modernisierung unseres Kommunikationssystems aufbringen. Die SPD wird im Interesse von Millionen von Verbrauchern, der fernmeldetechnischen Industrie und der Beschäftigten bei der Bundespost alles tun, um die Demontage eines erfolgreichen öffentlichen Unternehmens zu verhindern.

(-/1.12.1987/vh-he/rs)

* * *



„Befehlsnotstand“ auf der Herdthöhe?

Minister Wörner kann seine Aufgaben nicht mehr bewältigen

Von Dieter Haistermann MdB

Stellvertretender Obmann der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion

Stimmen die politischen Vorgaben zur Planung der Bundeswehrstruktur in den 90er Jahren noch, führt der zuständige Minister Wörner noch verantwortlich „sein Ministerium“ nach klaren Grundsätzen und Aufträgen? Oder herrscht dort, wie Insider vermuten, bereits der „Befehlsnotstand“, weil niemand mehr weiß, wohin die Reise in der Sicherheitspolitik gehen soll? Diese Stimmen mehren sich.

Hohe Offiziere sind frustriert, haben Zweifel, fühlen sich „verlassen“, weil die hohen Erwartungen nicht erfüllt wurden, die sie in den noch amtierenden Verteidigungsminister gesetzt haben. Keine Frage: Wörners Verschleiß im Amt wird immer offenkundiger. Zumal so locker wie früher einmal, beurteilt Minister Wörner die Leistungen seiner Vorgänger nicht mehr. Auch er muß jetzt seinen Tribut an das Amt zahlen.

Diese Situation war vorhersehbar. Immer größer wurden die Widersprüche zwischen den hohen Erwartungen und politischen Vorgaben einerseits und den realen Umsetzungsmöglichkeiten sowohl im personellen wie auch im finanziellen Bereich andererseits. Geradezu gebetsmühlenartig wurde immer wieder die heutige Lage der Bundeswehr beschworen, als ob diese auch so in fernere Zeiten hinüber gerettet werden könnte. Je lauter die „Beschwörungsformeln“ wurden, desto deutlicher traten die „Potemkinschen Dörfer“ der politischen Planungsvorgaben ans Tageslicht. Parolen ersetzten Fakten.

Auf die Brüchigkeit dieser Planungsgrundlagen für die Bundeswehr der 90er Jahre hat die SPD-Bundestagsfraktion vielfältig hingewiesen. Jahrelang wurden die Hinweise überheblich beiseite geschoben. Heute wird immer klarer, daß unsere Positionen nicht nur richtig waren, sondern sind.

Selbst Minister Wörner räumt inzwischen ein, daß die personellen und materiellen Forderungen der Bundeswehr für die 90er Jahre groß sind. Falsche politische Vorgaben haben zu Planungsüberlegungen geführt, deren Umsetzung immer schwieriger, wenn nicht unmöglich wird. So werden zum Beispiel heute schon die Weiterverpflichtungszahlen nicht mehr erreicht. Ist diese Entwicklung eigentlich verwunderlich angesichts der Dienstzeitbelastung, der kaum planbaren Freizeit der Zeit- und Berufssoldaten? Glaubt der Minister tatsächlich mit Weiterverpflichtungsprämien die Probleme lösen zu können? Wie will man die Weiterverpflichtungen sicherstellen, wenn die demographische Entwicklung dazu führt, daß die Jahrgangsstärken der männlichen Wehrdienstfähigen Mitte der 90er Jahre nur noch circa 60 Prozent der Jahrgangsstärken in der ersten Hälfte der 80er Jahre betragen?



Die Neigung zum freiwilligen Dienst in der Bundeswehr müßte sich annähernd verdoppeln, um wenigstens genauso viele Freiwillige wie bisher zu erhalten. Das Aufkommen von Zeitsoldaten wird zukünftig mit davon bestimmt werden, welche Lebensperspektive nach der Bundeswehrzeit, welche Eingliederungschancen ins zivile Leben die Soldaten auf Zeit tatsächlich bekommen.

Ebenso bestritten wurde die Position der SPD, daß die Bundeswehr an einer neuen Struktur nicht vorbeikomme. Jetzt spricht selbst Minister Wörner davon, daß „umfangreiche Struktur Anpassungen notwendig sind“. Auch hier das Fazit: Falsche politische Einschätzungen führten dazu, daß wichtige Jahre zur Anpassung der Bundeswehrstruktur vertan wurden.

Es ist ein politisches Trauerspiel, daß dem Deutschen Bundestag und dem zuständigen Verteidigungsausschuß wichtigste Planungsunterlagen durch den Minister der Verteidigung vorenthalten werden:

- wie das Personalaufkommen bis zum Jahr 2000 sichergestellt wird,
- welche Rüstungsvorhaben eingeplant sind,
- welcher Finanzplan zugrunde gelegt wird,
- welcher Sozialstatus für Wehrpflichtige, Soldaten auf Zeit, Berufssoldaten, Reservisten und Zivilbeschäftigte erreicht werden soll,
- welche Struktur die Bundeswehr in den 90er Jahren haben wird,
- wie die ebenfalls noch vorzulegende Reservistenkonzeption in die neue Bundeswehrstruktur eingebunden wird.

Ist das Bundesministerium der Verteidigung nur noch bedingt handlungsfähig, weil dem Minister neue Aufgaben in Brüssel winken? Gibt es deshalb keine klaren Entscheidungen, weil man nicht weiß, wer möglicherweise neuer Verteidigungsminister wird? Politische Führung ist gefragt, - dies bleibt aber wohl nur ein frommer Wunsch.

(-/1.12.1987/vo-he/rs)

* * *



An Kräften gebricht es Frau Süßmuth

Die Zukunft unserer Jugend ist nicht mit Sprüchen zu gestalten

Von Ulrich Böhme MdB

Mitglied des Ausschusses für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

Auf die SPD zielend, zitierte Frau Ministerin Süßmuth kürzlich einmal den alten Ovid: „Wenn's auch an Kräften gebricht, so ist doch der Wille zu loben.“ Diese ironisch verkleidete Schmähung fällt allerdings auf diese völlig überforderte „Vier-Ressort-Ministerin“ zurück. Kein anderes Zitat hätte Frau Süßmuths Politik besser kennzeichnen können.

Das gilt vor allem auch für die Jugendpolitik, deren Fragestellungen die Frau Ministerin in ihrer recht langen Etat-Rede keine zehn Zeilen widmete. Es ist eigentlich unglaublich, daß die zuständige Ministerin nichts zu sagen hat

- zur katastrophalen Jugendarbeitslosigkeit
- und zu deren Folgen: Flucht in radikale Gruppen, Spielhallen, den Konsum von Videofilmen und den Alkohol- und Drogenmißbrauch, Jugendkriminalität.

Obwohl die Etatberatungen doch der geeignete Anlaß gewesen wären, auf die eindringliche Bitte zahlreicher Jugendverbände einzugehen, die sechszwanzigprozentige Haushaltssperre zurückzunehmen, verlor Frau Süßmuth kein Wort darüber. Dabei sind es gerade die Jugendverbände, die oben genannte Risikogruppen auffangen. Ihre Arbeit ist durch die finanzielle Kürzung extensiv gefährdet.

Der offensichtlich nur scheinbare Wille dieser Bundesregierung, für unsere Jugend eine akzeptable Zukunft zu gestalten, wird nicht zuletzt dadurch entlarvt, daß es Frau Süßmuth eindeutig „an Kräften gebricht“.

Mit Sprüchen kann sie weder ihre Handlungsunfähigkeit verschleiern noch von den großen Problemen unserer jungen Generation ablenken!

(-/1.12.1987/ru/fr)

* * *

